

Berliner Best Practices

von Helmut Merschmann

Amtsverschwiegenheit war gestern. Mit Open Data geht ein Kultur- und Mentalitätswandel einher, der von der Verwaltung ein neues Verständnis von Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe fordert. Auf dem Berlin Open Data Day wurden hierzu Beispiele gezeigt.

An der unwirtlichen und stark befahrenen Warschauer Straße in Berlin-Friedrichshain steht ein Aprikosenbaum und unweit davon einer mit Pflaumen. Täglich gehen Zehntausende auf dem Weg zur S-Bahn daran vorbei, vermutlich ohne davon Notiz zu nehmen. Gäbe es nicht mundraub.org, eine Online-Plattform, auf der Standorte von Obstbäumen kartografiert werden, wüsste man gar nichts von den Früchten vor der eigenen Haustür. Bei mundraub.org kann jeder mitmachen und Obstbaumstandorte in einer Karte markieren. Seit dem Start der Web-Plattform im September 2009 sind rund 3.000 Fundorte deutschlandweit eingetragen worden. Über die Website werden im Herbst auch Erntetouren organisiert und das Obst in eine Open-Source-Mosterei gebracht.

Auf den ersten Blick hat das Bürgerprojekt mundraub.org weniger mit Open Data zu tun als mit dem kollaborativen Miteinander im Web 2.0. Es sind hier schließlich keine direkten Verwaltungsdaten im Spiel. Doch das Global Positioning System (GPS) „gehörte“ einst US-amerikanischen Militärbehörden und kann nun von jedermann auf dem Smartphone genutzt werden. Die Obstbaumaktion bringt zudem die Idee

von Open Data ziemlich genau auf den Punkt: Durch die freie Nutzung öffentlicher Datenbestände und das freiwillige Engagement von Bürgern entsteht ein gesellschaftlicher Mehrwert. Zugleich wird subtiler Druck auf die Kommunen ausgeübt, wenn Bürger Interesse an ihrer unmittelbaren Umgebung zeigen.

Den Mehrwert hat auch Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf im Blick, wenn er Open Data als Teil der Innovationsstrategie und des E-Government-Programms des Senats preist. „Politik und Verwaltung müssen transparenter, ihre Entscheidungen überprüft und Alternativen entwickelt werden“, sagte Wolf auf dem ersten Berlin Open Data Day (BODDy), der am 18. Mai 2011 in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen stattfand. Über 200 Teilnehmer, davon rund die Hälfte aus der öffentlichen Verwaltung, kamen zusammen, um von der strategischen Ausrichtung einer zukünftigen offenen Verwaltung zu erfahren. Der Wirtschaftssenator ließ durchblicken, dass er sich von der Freigabe öffentlicher Daten neues Wachstum und mehr Beschäftigung verspricht.

Mit dem Ideenwettbewerb Apps4Berlin hatte sich die Bundes-

hauptstadt im September vergangenen Jahres an die Spitze der deutschen Open-Government-Bewegung begeben. Ausgezeichnet wurden neben vielen Smartphone-



BODDy: Berlin im Zeichen von Open Data.

Applikationen auch Open-Data-Projekte wie wheelmap.org, bei dem sich Rollstuhlfahrer über behindertengerechte Orte informieren und sie in eine Online-Karte eintragen können. Inzwischen reagieren auch die Berliner Behörden. So hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung das Geoportale Berlin gestartet, das einen zentralen Zugang zu Karten und anderen raumbezogenen Daten, Diensten und Anwendungen im Land ermöglicht.

Freie und offene Daten sind das in diesem Fall allerdings nicht. Die Darstellung der Berliner Geodatenbank funktioniert mittels einer eigenen Software-Infrastruktur, dem javabasierten FIS-Broker, und ist nur auf der Website der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung möglich. Open-Data-Aktivist*innen wollen Daten jedoch im Rohformat von den Behörden erhalten, um selbst Anwendungen programmieren zu können. Ihr Hauptargument: Offene Daten stärken das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. In der Berliner Open Data Agenda, die auf dem Open Data Day vorgestellt wurde, wird die Bereitstellung von offenen Verwaltungsdaten für jeden gefordert. Offen meint hier maschinenlesbar und nicht im PDF-Format, international kompatibel und integrierbar sowie wohl definiert und dokumentiert. Das bedeutet, die Daten sollen in offenen Standards vorliegen und über ein zentrales, benutzerfreundliches Open-Data-Portal zugänglich sein.

So weit ist man in Berlin noch nicht; ganz so schnell lässt sich der Wandel in den Verwaltungen nicht herbeiführen. Immerhin liegt in der Hauptstadt bereits ein Konzeptpapier für die Eingliederung von Open Data in die IT-Strategie des Landes vor. Ulrich Freise, IT-Staatssekretär beim Wirtschaftssenat, sieht neben wirtschaftlichen Aspekten vor allem im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung positive Impulse durch Open Data: „Das Verwaltungshandeln wird transparenter, die politischen Entscheidungen nachvollziehbarer, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger das Datenmaterial zur Verfügung haben, auf

das wir die Entscheidungen unseres täglichen Handelns stützen.“ Mit Verweis auf das Landesprogramm ServiceStadt Berlin stellte Freise auf dem Open Data Day Guidelines für Berlins Behörden in Aussicht, in denen Vorschläge zur Entwicklung einer offenen Datenkultur gemacht werden sollen.

Vorerst allerdings müssen einige Hindernisse überwunden werden, die nicht nur kultureller Natur sind. Die auf Amtsverschwiegenheit eingeschworenen Verwaltungsangestellten unterliegen nicht zuletzt rechtlichen Vorschriften. Mit einem Referentenentwurf für ein E-Government- und Organisationsgesetz will Berlin in der nächsten Legislaturperiode eine Gesetzgebung vorbereiten, die über das „nur auf Anfrage“ reagierende Informationsfreiheitsgesetz hinausgeht. Ulrich Freise spricht von einem Paradigmenwechsel in den Amtsstuben, der gerade erst am Anfang stehe.

Auf dem Berlin Open Data Day fand eine Werkschau mit vielversprechenden lokalen Best-Practice-Beispielen von Behörden und Privat*innen statt. Das Berliner Umweltamt bietet etwa Datenmaterial über elektromagnetische Felder, Bodenbelastung und Lärmschutz in einer eigenen Datenbank an. Das Amt für Statistik verfügt über Einzeldaten aus Eheschließungen, Geburten und dem Mikrozensus. Eine Weitergabe der Daten an die Verwaltung und die Öffentlichkeit ist allerdings nur möglich, sofern keine Rückschlüsse auf die Person oder eine einzelne Einrichtung gezogen werden können. Auf berlin.offenerhaushalt.de können die Einzelpläne der Berliner Bezirke

abgerufen werden. Der Kiezatlas veröffentlicht Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich hierbei aber nicht um offene Daten, sondern um proprietäre Informationen auf der Internet-Präsenz von berlin.de. Open-Data-Aktivist*innen beklagen den geheimen Umgang mit öffentlichen Daten, deren Erhebung öffentliche Gelder erst ermöglicht haben. Dem steht nicht zuletzt das Urheberrechtsgesetz im Weg. Ab einer gewissen Schöpfungstiefe kann ein Copyright bestehen. Folglich müssten zunächst Änderungen im Urheberrechtsgesetz vorgenommen werden, bevor Behörden Open Data betreiben können. Kritiker berufen sich darauf, dass Fakten jedoch nicht durch das Urheberrecht geschützt werden können, weil dieses nur Personen als Schöpfer anerkennt. Als Fazit kann festgehalten werden: Wenn sich erst die Mentalität ändert – und vieles deutet darauf hin, dass diese Entwicklung schnell voranschreitet –, dürften sich manche bestehenden Hürden wie von selbst auflösen.

Helmut Merschmann ist freier Journalist in Berlin.

Link-Tipp

Die Links zu den Projekten:

- www.mundraub.org
- www.wheelmap.org
- www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation
- <http://berlin.opendataday.de/agenda>
- www.berlin.de/umwelt
- <http://berlin.offenerhaushalt.de/dataset/berlin>
- www.kiezatlas.de/sozialraumdaten

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.